



### Österreich



#### Die rote Mark?

2005 übernahm die SPÖ den Landeshauptmannsessel in der Steiermark von der ÖVP. Und die KPÖ machte mit 6,3% und dem 3. Platz das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Ein Duell der Roten bei den Wahlen am 26. September?

SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### 29.09: Aktionstag der Gewerkschaften

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB ruft für 29. September zu einem europaweiten Aktionstag auf und in einer Reihe von Ländern an diesem Tag Streiks und Generalstreiks gegen Kürzungspläne der Regierungen geplant sind?

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Kommunalparlamente: SozialistInnen machen den Unterschied

Am 10. Oktober tritt die SLP bei den Wien Gemeinderats- und Bezirksratswahlen an. Wir bringen hier Artikeln über die Arbeit von GemeinderätInnen unserer Schwesterorganisationen aus verschiedenen Ländern.

SEITEN 4/5

### Internationales



#### Für Profite gehen sie über Leichen...

Naturkatastrophen dienen selbstherrlichen Machthabern in ohnehin schon hart getroffenen Ländern zur Durchsetzung ihrer Interessen, Konzerne gehen im Namen der Profite brutal gegen Mensch und Natur vor.

SEITE 7

# Rassismus schafft keine Jobs – Geld für Soziales statt für Banken und Konzerne

Von Sonja Grusch, Spitzenkandidatin der SLP in Wien

Am 10. Oktober sind in Wien Gemeinde- und Bezirksrats-Wahlen. Sie finden vor der Bekanntgabe des größten Kürzungspaketes der 2. Republik statt und werden als „Duell um Wien“ inszeniert. Die Hetze gegen MigrantInnen ist ein Ablenkungsmanöver der etablierten Parteien. Denn sie tragen die politische Verantwortung für steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut und die Zerschlagung des Sozialstaates. Was soll man tun, wenn man eine Politik für ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose und Jugendliche stärken will?

#### Häupl rosa Rathaus-Riege

Häupl wird wahrscheinlich ein Ergebnis einfahren, dass nicht wesentlich schlechter als jenes 2005 ist. Denn das inszenierte Duell nützt Häupl ebenso wie Strache. Zusätzlich hat die SPÖ in den letzten Monaten die Geldhähne aufgedreht. Wer sich davon einen echten Kurswechsel erhofft, wird spätestens 2011 bitter enttäuscht. Der Sparkurs der Bundesregierung wird von der Wiener Landesregierung umgesetzt werden. Die Wiener SPÖ hat in den letzten Jahrzehnten weite Bereiche ausgegliedert bzw. SpekulantInnen überlassen. Die von der Gemeinde geschaffenen „neuen“ Jobs sind zeitlich begrenzt und zunehmend prekär. Von einer echten „roten“ Politik, wie sie die Sozialdemokratie in den 1920er und 30er Jahren betrieben hat, ist die SPÖ Lichtjahre entfernt. Es gibt keinerlei Umverteilungsmaßnahmen, die durch eine hohe Besteuerung von Vermögen, Spitzeneinkommen und Luxus finanziert werden. Also muss die zusätzliche Verschuldung die durch die wahlbedingten Spendierhosen entstanden ist, auch wieder hereingebracht werden. Tatsache ist, dass die SPÖ unsozial ist und keine echten Antworten auf die Wirtschaftskrise hat.

#### FPÖ und „BI Dammstrasse“ hetzen wieder

Die FPÖ hetzt gegen MigrantInnen und hat keinerlei Lösungen für unsere Probleme. Die Skandale rund um Grasser und Haider (damals FPÖ) zeigen, dass die FPÖ keine „Partei des kleinen Mannes“ ist, sondern große Unternehmen und Geldgeber hinter ihr stehen.

Gemeinsam mit pseudo „Bürgerinitiativen“ führen sie einen Blut-und-Boden Kulturkampf, vor dessen Hintergrund Neonazis immer aktiver und gefährlicher werden. Ein wichtiger Teil der Arbeit der SLP war und ist der Kampf gegen rechte Hetzer und Rassismus.

#### Wir zahlen Eure Krise nicht!

Auch 2009 haben die Unternehmen fette Gewinne eingefahren und eine Handvoll Superreicher in Österreich besitzt geschätzte 210 Mrd Euro. Aber nicht sie, sondern ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, PensionistInnen, MigrantInnen, Frauen und Arbeitslose sollen für die kapitalistische Krise bezahlen, die wir nicht verursacht haben. Pröll, Faymann & Konsorten warten nur mehr die Wahlen ab. Aber es sickern schon erste Kürzungspläne durch: längere Arbeitszeiten (erst bei LehrerInnen, dann beim Rest), Sozialabbau (weniger Pflegegeld für Kranke), Bildungsabbau (Sparmaßnahmen an Schulen und Universitäten), Lohnkürzungen (erst im Öffentlichen Dienst, dann beim Rest), Steuererhöhungen (bei Massensteuern). Dagegen müssen wir uns wehren.

- ▶ Nein zu allen Sparplänen der Regierung auf unsere Kosten!
- ▶ Wir brauchen betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand wie in Griechenland!
- ▶ Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen für Banken & Konzerne wollen wir Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & öffentlichen Verkehr.

#### Der Kapitalismus ist kein Naturgesetz, sondern das Problem.

Die SLP steht für eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

- ▶ Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Kosten der Krise. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- ▶ Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Für Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen

**Jetzt aktiv werden!**

**JOBS, SCHULEN, KINDERGÄRTEN!**

**Rassismus schafft keine Jobs!**

**Geld für Soziales statt für Banken & Konzerne!**

**AM 10. OKTOBER IN DER BRIGITTENAU!**

**SLP**

**slp@slp.at | www.slp.at**

und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

- ▶ Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Reformen können Krisen letztlich nicht verhindern – sie bekämpfen bestenfalls die negativen Auswirkungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

#### Jetzt mit der SLP aktiv werden!

Sie haben es auch satt, dass die PolitikerInnen aller etablierten Parteien Milliarden an Banken und Konzerne verschenken, Löhne und Sozialleistungen kürzen und gleichzeitig fleißig abbassieren?! Sie wollen auch, dass den rechten Hetzern ein Riegel vorgeschoben wird und es consequenten Widerstand gegen Kürzungen und Entlassungen gibt?! Dann unterstützen Sie jetzt die SLP und werden Sie mit uns aktiv!

Die SLP ist eine junge, sozialistische Partei ohne Privilegien und ohne Geld von Banken und Konzernen. Wir sind eine aktive Organisation zum Mitmachen. Wir sind der Ansicht, dass PolitikerInnen nicht mehr verdienen sollen, als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Wir wollen eine echte sozialistische Stimme in Bezirk und Gemeinde um aufzuzeigen, dass nicht Profite und kapitalistische Sachzwänge im Zentrum stehen. Die Kandidatur der SLP ist ein Angebot auch an jene, die uns nicht wählen können und ein Schritt zum Aufbau von Widerstand gegen die kommenden Kürzungen bei Land und Bund.



## Der Standpunkt

von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

### Die Ameisen blasen zum Angriff

Am 23.8. fand in Wien eine „Ameisenrunde“ statt. Einge-laden waren eine Reihe kleinerer Listen, die bei den Bezirks- bzw. Gemeinderatswahlen am 10. Oktober in Wien antreten. Die Einladungspolitik war fragwürdig. Manche linke Listen waren nicht eingeladen während sich der einschlägig bekannte Ultra-Rechtsextremist Günter Rehak mit seiner „Liste Wien“ präsentieren konnte (nur konfrontiert und „geoutet“ von der SLP).

Was die Vielzahl der erschienenen Listen gezeigt hat, ist dass es Erosionen v.a. bei FPÖ, BZÖ, ÖVP und Grünen gibt und das sich links von SPÖ und Grünen was tut. Dass in mehreren Bezirken zwei linke Listen antreten verwirrt – zu Recht. Die SLP tritt in einem Bezirk und Wahlkreis an, in der Brigittenau. Dort kandidiert auch die KPÖ. Macht das überhaupt Sinn?

Der Wunsch nach einer Bündelung der Kräfte auf der Linken ist groß und verständlich. „Warum diese Aufsplitterung, gemeinsam wären wir stärker“ hören wir oft. Wir haben versucht, eine solche Konkurrenz-situation bei den Wiener Wahlen zu verhindern. Vor Monaten haben wir daher andere linke Kräfte kontaktiert.

Die SLP tritt seit Jahren für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm ein – die Kandidatur einer solchen wäre ein Schritt von historischer Bedeutung gewesen. Aber eine solche gibt es (noch) nicht – ihre Entstehung wird das Ergebnis von kommenden sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen sein. Dass verschiedene linke Listen antreten, ist Ausdruck für den Wunsch und das Fehlen dieser neuen Partei. Die second-best Lösung, die die SLP angestrebt hat, war daher zu verhindern, dass linke Listen in Konkurrenz treten. Wir haben eine Absprache und Aufteilung mit anderen Organisationen versucht. Und sind – wieder einmal – am Alleinvertretungsanspruch der KPÖ gescheitert. Für die KPÖ war nur eine Lösung denkbar, nämlich die Kandidatur von anderen Linken auf ihrer Liste. Was absurd ist angesichts der Tatsache, dass die KPÖ im 20igsten de facto nicht existent ist, während die SLP seit Jahren im Bezirk dafür bekannt ist, den Kampf gegen die sog. „Bürgerinitiative Dammstraße“ und ihre rechten Hetzer zu führen.

Nun stehen dort zwei linke Listen auf dem Stimmzettel – aber nur eine aktiv auf der Straße.



## Kärnten: Ein sozialer "Abwehrkampf" ist nötig!

Die Volksabstimmung über den Verbleib Südkärntens bei Österreich jährt sich heuer zum 90. mal. Die Feierlichkeiten werfen ihren Schatten voraus: FPK, Kärntner Abwehrkämpferbund und Burschenschaften mobilisieren was das Zeug hält. Gerade im nationalistischen Trubel ist es notwendig, den gemeinsamen Kampf der slowenischen und deutschsprachigen Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen zu betonen. Die Überwindung der nationalistischen Spaltung ist wichtig um den Kampf für gleiche Rechte und gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit erfolgreich zu führen.

### Der "Abwehrkampf" ist ein nationaler Mythos...

Der erste Weltkrieg wurde durch militärische Niederlagen und durch revolutionäre Erhebungen (wie der Oktoberrevolution 1917) der Soldaten und Arbeiter beendet. In Teilen Österreichs entstanden Arbeiter und Soldatenräte. Die verschiedenen nationalen Eliten bemühten sich um eine rasche Staatenbildung. Serbien bildete unter Einschluss von Kroatien und Slowenien den SHS-Staat, am 5.11.1918 marschierten SHS-Truppen in Südkärnten ein. Daraufhin formierten sich verschiedene Kärntner zu einem militärischen Widerstand. Einige Gebiete (wie

etwa Arnoldstein) konnten zurückerobert werden. Bei den Friedensverhandlungen von St. Germain wurde schließlich eine Volksabstimmung beschlossen. Als Reaktion besetzten SHS-Truppen weite Teile Kärntens, inklusive Klagenfurt. Sie mussten sich aufgrund des Drucks der Alliierten bald wieder nach Südkärnten zurückziehen. Laut offiziellen Angaben starben bei den militärischen Auseinandersetzungen 260 Menschen (später als "Abwehrkämpfer" bezeichnet). Am 10. Oktober 1920 wurde die Volksabstimmung durchgeführt. Obwohl das Gebiet der Abstimmung damals zu rund 70 % slowenisch war, entschied sich eine Mehrheit von rund 60% für den Verbleib bei Österreich. Dieses Ergebnis wird von herrschender Seite national interpretiert. Als Sieg der "Deutschkärntner". Tatsächlich hat ein großer Teil der Kärntner Slowenen damals für Österreich gestimmt.

### Gemeinsamer Kampf der ArbeiterInnen statt nationalistische Spaltung

Das Ergebnis lässt sich nicht nationalistisch schlüssig erklären. Slowenische Grundbesitzer und vor allem weite Teile der Kirche predigten den Anschluss an den SHS-Staat. Die Präsenz der SHS-Truppen tat ihr übriges. Die SHS-Monarchie hatte ganz offensichtlich

keinen fortschrittlichen Charakter. Jugendliche, Landarbeiter und andere Teile der Arbeitenden vermuteten demgegenüber in der Republik Österreich die attraktivere Variante: Dort existierte keine Monarchie mehr, in Teilen des Landes gab es Arbeiter und Soldatenräte, und um den ArbeiterInnen den revolutionären Wind aus den Segeln zu nehmen, beschloss die Regierung eine Reihe sozialer Gesetze. So wurden Sozialversicherung für alle, Urlaub, Betriebsrätegesetz uvm. beschlossen. Der gemeinsame Kampf der ArbeiterInnen gegen die Herrschenden, egal ob deutsch oder slowenisch, war für viele die logische Konsequenz aus dem ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution.

### Gemeinsamer Kampf ist heute nötiger denn je

Später wurden den SlowenInnen stets elementare Grundrechte verwehrt. Unter dem Faschismus wurden sie brutal verfolgt. Der heldenhafte Kampf der vielen PartisanInnen blieb unbedankt. Bis heute werden sie von den Rechtsextremen als "Banditen" gebrandmarkt. Auch der Kärntner SPÖ war die Integration ehemaliger Nazis wichtiger als die Rechte der Kärntner SlowenInnen. Bei der Volkszählung 1971 bekannten sich rund 20.000 KärntnerInnen zur

slowenischen Sprache, 2001 waren es "nur" mehr 13.100. Diese Entwicklung kennzeichnet weniger den Rückgang der Volksgruppe, als vielmehr den hohen Assimilierungsdruck. In den 60er und 70ern führte der Kärntner Heimatdienst u.a. rechtsextreme Kampagnen zur Abmeldung vom Slowenischunterricht durch. Statt der Gewährung der im Staatsvertrag garantierten Grundrechte wurde die permanente Stimmung gegen angebliche "groß slowenische" Pläne betrieben. Der Umgang mit den zweisprachigen Ortstafeln ist nur ein Zeichen, dass den SlowenInnen bis heute zentrale Rechte verwehrt bleiben. Slowenische ArbeiterInnen und Jugendliche sind verstärkt von sozialen Problemen betroffen. Und diese steigen. 91.000 KärntnerInnen sind arm, 21.000 sogar obwohl sie regelmäßig einer Arbeit nachgehen. Schlechte Jobmöglichkeiten und die hohen Energiepreise treiben die Verarmung weiter. Nach dem 10. Oktober droht ein großes Sparpaket der Bundesregierung und Einsparungen durch die hoch verschuldete blaue Landesregierung. 2010 hat es mit dem Widerstand der KABES-Beschäftigten und den Freitagsdemos viel Widerstand gegeben. Daran gilt es nach dem 10. Oktober anzuknüpfen.

## Die rote Mark?

### Wahlen in der Steiermark: Ein Match rot gegen rot?

Von Moritz Erkl, SLP-Graz

2005 übernahm die SPÖ den Landeshauptmannsessel in der Steiermark von der ÖVP. Und die KPÖ machte mit 6,3% und dem 3. Platz das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Ein Duell der Roten bei den Wahlen am 26. September?

### Voves ist kein Linker

Auch wenn Voves mit sozial-populistischen Sägern auf sich aufmerksam macht: ein wirklich Linker ist er nicht. Er betreibt in der Steiermark Sozialabbau wie die SPÖ überall sonst. Auch eine Zusammenarbeit mit der gerade in der Steiermark besonders rechten FPÖ schließt er nicht aus. Der FPÖ-Spitzenkandidat ist in der SS-Kameradschaft IV organisiert und es gibt breite Überschneidungen von FPÖ und rechtsextremer Szene.

### Das KPÖ-"Wunder"

Die Steiermark ist das einzige

Bundesland, wo die KPÖ nennenswerte Erfolge einfährt. War es das Phänomen Kaltenecker oder setzt die KPÖ einfach „nur“ auf die richtigen Themen?

Seit Jahren thematisiert sie Mietwucher und Privatisierung. Sie kritisiert die EU und tritt gegen die Privilegien der PolitikerInnen ein. Der nun abgetretene KPÖ-Frontmann Kaltenecker galt immer als ehrlicher Politiker, der den Großteil seines Gehalts an Sozialprojekte spendet. Die KPÖ tritt gegen den Sozialabbau des SPÖ-dominierten Landtages auf. Was ihr jedoch fehlt ist ein Aufzeigen von Alternativen. Sozialismus steht zwar im Programm, wird aber nicht als ernsthafte Alternative gesehen. In ihrer Politik beschränkt sich die KPÖ auf kommunale und landespolitische Themen, ohne den größeren gesellschaftlichen Zusammenhang wirklich in Frage zu stellen.

Das Wahlkampfprogramm für die Landtagswahl beinhaltet viele gute Punkte: die Forderungen nach Ganztagschulen, verpflichtende Betriebs-

kindergärten für Großbetriebe sowie die Einführung eines Sozialpasses u.a.. Einer der wichtigsten Punkte fehlt: die Mobilisierung von Unten, der Aufbau einer kämpferischen Bewegung und der Kampf gegen Rechts. Die KPÖ mobilisiert nicht gegen die rechte Hetze der FPÖ und ihre Botschaft ist „wählt KPÖ, wir versuchen die Probleme dann im Landtag zu lösen“. Aber ohne Mobilisierung werden die Forderungen nicht umzusetzen sein.

Kaltenecker wird, wie erwähnt, nicht mehr antreten – das stellt die KPÖ vor Schwierigkeiten. Die Tatsache, dass sie bisher vor allem Persönlichkeitswahlkämpfe um Kaltenecker geführt und keine Bewegungen aufgebaut hat, kann zum Problem für das Weiterbestehen einer linken Opposition im Landtag werden.

Die KPÖ ist in der Steiermark ein Anziehungspunkt für viele, die sich eine andere Politik wünschen. Es ist ihr gelungen ein deutliches Zeichen für andere, linke Politik zu setzen. Diese Erfolge zeigen, das man auch mit einer linkeren



Christian Promitzer

Politik als SPÖ und GRÜNE bei Wahlen Erfolg haben kann. Christian Promitzer, der in Graz als unabhängiger Linker auf der KP-Liste kandidiert, meint in Hinblick auf die kommenden Kürzungspakete: „Umso notwendiger ist der Widerstand der KPÖ und der Linken.“

Christian Promitzer versteht seine Kandidatur als Schritt für den Aufbau einer neuen linken Partei der ArbeiterInnen und Jugendlichen. Wir meinen, dass eine solche neue Kraft ein konsequentes sozialistisches Programm braucht und v.a. UnterstützerInnen, WählerInnen und AktivistInnen in konkreten Kampagnen und Bewegungen organisieren und mobilisieren muss.

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



## Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft zum Aktionstag: 29. September: Kampftag auch in Österreich?

Interview mit Franz Neuhold, Betriebsratskandidat Technisches Museum Wien zum Aktionstag des EGB am 29.9.2010

Was wird am 29.9.2010 in Österreich passieren?

Grundsätzlich glaube ich, dass leider nur das geschehen wird was linke Organisationen und fortschrittliche Betriebsräte selbstständig organisieren. Die Ankündigung, dass ein paar FunktionärInnen nach Brüssel fliegen wollen um zu demonstrieren, sieht für mich eher nach Flucht aus. Damit tut man einem Minister Hundstorfer nicht weh.

Warum sollte man als Gewerkschafter dem ehemaligen ÖGB-Chef wehtun?

Weil er schon klar gemacht hat, dass er die bevorstehenden Kürzungen mittragen wird und nicht wie 2003 zu Streiks auffordert. Für mich hat er ganz offensichtlich die Seiten gewechselt. Aber GewerkschafterInnen, die das stört, sollten nicht nur sudern, sondern aktiv werden.

Was wirst Du am 29.9.2010 tun?

Im 20. Bezirk wird es von der SLP initiierte Aktionen geben – zu diesen werde ich auch KollegInnen einladen. Ein großer Schritt wäre es z.B. auch, den 29. als Möglichkeit zu verwenden, um mit aktiven Menschen aus anderen Bundesmuseen zusammenzutreffen. Es geht aber dabei nicht nur z.B. um einen gemeinsamen KV.

Zumindest im Kleinen können so linke GewerkschafterInnen auch versuchen, schon jetzt

den notwendigen Widerstand gegenüber den kommenden Sparpaketen vorzubereiten.

Die SLP wirft im Zusammenhang mit diesen kommenden Sparmaßnahmen den Begriff Streik und sogar Generalstreik auf. In wieweit hältst Du das jetzt für realistisch?

Angesichts von Bewegungen in vielen anderen Ländern und dem Umstand, dass es auch bei uns überall unter der Oberfläche brodelt, könnten Streiks schneller bevorstehen, als es heute scheint.

Wo siehst du einen konkreten Auslöser?

Im Moment steht vor allem der öffentliche Dienst – Stichwort LehrerInnenhetze – unter Beschuss. Aber ich denke, das Sparpaket wird so massiv sein, dass ein kollektiver Aufschrei möglich ist. Ein solcher könnte dann in einen Generalstreik münden; 2003 hatten wir in einigen Städten faktisch eine solche Situation. Wir müssen aber auch aus den Erfahrungen lernen: Offensiv auf die Straße, die gesamte Bevölkerung einbinden, informieren und demokratisch von unten organisieren. Dazu ist es z.B. notwendig, dass klare Ziele formuliert und abgestimmt werden. An sich gäbe es in den Gewerkschaften auch die Ressourcen für all das.

Und werden diese Ressourcen nicht genutzt, bzw. wie könnten sie genutzt werden?

Politisch befinden sich die Gewerkschaften noch immer in zu starker Abhängigkeit gegen-

über der SPÖ-Führung. Praktisch hat das Eigenleben des Apparats oft wenig mit der Realität in den Betrieben zu tun; die glauben ja wirklich noch, es gäbe eine Sozialpartnerschaft. Doch falls es eine große Protestbewegung im Herbst geben sollte, würde das ganz viel in Frage stellen. Sollte der Apparat hier nicht mitspielen wollen, würden sich viele KollegInnen überlegen gewerkschaftliche Foren selbst zu organisieren. Aus solchen Ansätzen sind in einigen europäischen Staaten auch schon neue politische Formationen auf der Linken entstanden, die sogar bei Wahlen angetreten sind.

Unter welchen Voraussetzungen könnte eine solche Bewegung tatsächlich ein Sparpaket zurückschlagen?

Erfolgreiche soziale Bewegungen brauchen auch ein Programm. Keine Kompromisse, die real Verschlechterungen bedeuten – das ist z.B. ein wichtiger Punkt. Zentral ist für mich die Frage: Wer zahlt für die Krise? – das versteht inzwischen jeder! Nämlich, dass man den Banken und Konzernen geben und von den ArbeitnehmerInnen nehmen will. Auf das versuchen ja auch SPÖ und Grüne neuerdings aufzuspringen – allerdings wenig glaubwürdig; dort wo sie



**STREIK, kurz & bündig**  
Eine Broschüre der Sozialistischen Linkspartei  
DIN A6 28 Seiten, 2 Euro

an der Macht sind halten sie's nämlich genau so. Grundsätzlich müssen sich GewerkschafterInnen im Klaren sein, dass es eben am System liegt – wer sich von dem, was angeblich im Kapitalismus machbar oder nötig ist beschränken lässt, hat schon verloren.

### ★ Aufruf zum 29. September

Wussten Sie, dass der Europäische Gewerkschaftsbund EGB für 29. September zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen hat und in einer Reihe von Ländern an diesem Tag Streiks und Generalstreiks gegen Kürzungspläne der Regierungen geplant sind? Auch in Österreich plant die Regierung das größte Kürzungspaket der 2. Republik - wir sollen für die Krise zahlen, die wir nicht verursacht haben! Nur wegen den Wahlen sind die Details noch nicht bekannt. Wir können und wollen uns eine weitere Verschlechterung unseres Lebensstandards nicht leisten.

Der ÖGB darf keine Verschlechterungen akzeptieren und soll daher für den 29.9. auch in Österreich Aktionen, Betriebsversammlungen, Demonstrationen und Streiks gegen konkrete Angriffe - wie die geplante Arbeitszeitverlängerung bei LehrerInnen oder die geplante Streichung beim Pflegegeld - organisieren.

19.-21.11.: Luxury please – Die Luxusmesse

## Statt Luxus für Wenige: Wohnung, Arbeit und Bildung für Alle

Von Karin Wottawa, SLP-Wien

Was ist für Sie Luxus? Vielleicht ein neues Kleidungsstück, vielleicht ein Essen mit Freunden, oder – wer es sich noch leisten kann – ein Urlaub. Das hat jedoch alles nichts mit dem zu tun, was in Wien bald stattfindet. Von 19.-21.11. wird die „Luxury, please“ – Messe über die Bühne gehen. Ein Event, das an Dekadenz und Arroganz kaum zu überbieten ist. Dort werden Artikel angeboten, die mit dem Leben von normalen Menschen nichts zu tun haben. Das zahlungskräftige Publikum kann beispielsweise eine Handtasche für EUR 1,2 Mio. oder einen Schrank für ca. EUR 35.000,- erwerben.

### Reich trotz Krise

Auf der anderen Seite des Luxus stehen 80 Millionen Menschen, die in Europa an oder unter der Armutsgrenze leben. In Österreich ist rund eine Million in dieser Situation. Sie traf die Wirtschaftskrise besonders hart, und sie sind von den kommenden Kürzungen besonders betroffen. Es mag seltsam klingen, aber es ist wahr: Diese Krise bringt MillionärInnen hervor. Die Anzahl der MillionärInnen in Österreich ist 2009 um 11% gestiegen und ihr Vermögen um 13,7% auf satte 210 Milliarden Euro angewachsen. Offenbar ist also genug Geld da – aber nur für wenige. Oder soll uns wirklich glauben gemacht werden, dass man auch so reich sein könnte, wenn man sich nur richtig anstrengt? Und dass es völlig in Ordnung ist, dass Menschen in einem derartigen

Luxus schwelgen – man hat es sich ja schließlich redlich verdient. Die Wahrheit sieht bekanntlich anders aus: Die Mehrheit der Reichen hat ihr Vermögen geerbt. Und niemand kann soviel leisten, dass ein Einkommen - das ein 50, 500 oder 5000faches eines Durchschnittslohnes ist - gerechtfertigt ist.

### Superreiche abschaffen

Für Menschen, die nicht wissen, wie sie die Schulsachen für ihre Kinder bezahlen sollen oder die das Geld für die nächste Stromrechnung zusammenkratzen müssen, eigentlich mehr als eine Provokation. Denn niemand braucht diesen Luxus, aber jede/R braucht Arbeit und Ausbildung, Gesundheitsversorgung, anständiges Wohnen und ein erfülltes Sozialleben. Und trotz aller Versprechen in der Vergangenheit zeigt sich sehr klar, dass die etablierte Politik den Reichen mehr zugewandt ist, als den normalen Menschen. Nicht Fiona und Karl-Heinz Grasser, Bartenstein, Jank & Co. sind die „Leistungsträger“, die Fleißigen, sondern die KrankenpflegerInnen, die U-BahnfahrerInnen, VerkäuferInnen. Die Steuerpolitik der letzten Jahre und auch die aktuellen Pläne zeigen, wer begünstigt wird, und wer nicht. Steuergeschenke für die Reichen und Steuererhöhungen für uns. Hier gibt sich die Politik mit den Superreichen offen die Hand.

Die SLP organisiert daher Proteste gegen die dekadente Luxusmesse: Mach mit!

Staatlich geförderte Prekarisierung

## AMS-Maßnahmen: Existenzbedrohung und Zwangsarbeit

von Helga Schröder, SLP-Wien

2007 wurden in das Arbeitslosenversicherungsgesetz „Sozialökonomische Betriebe“ und „Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte“ als zumutbare Beschäftigung zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aufgenommen. Bei Verweigerung droht eine Bezugssperre. Gleichzeitig wurden „Arbeitserprobungen“ vorgesehen. Mehrere von Bezugssperren Betroffene hatten zuvor vom Verwaltungsgerichtshof Recht bekommen. Deshalb wurde prompt das Gesetz repariert, um Repressionen gegen Erwerbslose abzusichern.

Nun wird der Kampf gegen Arbeitslose durch die Regierung verschärft, um auf ihre Kosten das Budget zu sanieren. Es existieren Unmengen von Berichten über absurde Kurse, Druck auf Betroffene, unzumutbare Dienstverträge, Datenschutzverletzungen, Mobbing, etc. Die massive Zuweisung zu Maßnahmen schön die Statistik. Die regierenden Parteien verkaufen die angebliche Senkung der Arbeitslosenzahlen als Erfolg.

Die sogenannten „Transitarbeitsplätze“ sind auch ein gutes Geschäft. Private Unternehmen, steuerschonend als gemeinnützige GesmbH organisiert und häufig aus dem Umfeld der SPÖ, erhalten Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds sowie von der Stadt Wien. Sie verdienen gut an den Aufträgen des AMS. Sie „vermitteln“ oder „verleihen“ die Betroffenen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Im Zuge der „Maßnahme“ werden befristete und schlecht bezahlte Dienstverträge abgeschlos-

sen, die nicht der Qualifikation der Betroffenen entsprechen und meist zu einer Verschlechterung der Bemessungsgrundlage für den Arbeitslosenbezug führen. Unternehmen können sich über Billigstarbeitskräfte freuen.

Die etablierten Parteien haben katastrophale Ausbeutungsmöglichkeiten zugunsten von Unternehmen geschaffen. Gewerkschaften und Arbeiterkammer sehen dabei zu bzw. machen mit.

Die Arbeitslosigkeit wird durch die derzeitige Arbeitsmarktpolitik tatsächlich verfestigt und bringt Prekarisierung und Diskriminierung Erwerbsloser zum Zwecke der Profitmaximierung für Unternehmen.

### Die SLP fordert:

- ▶ ein klares Nein zu allen Sparplänen der Regierung auf unsere Kosten
- ▶ Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Schikanen gegen Arbeitslose. Für ein unbefristetes Arbeitslosengeld
- ▶ Mindestlohn von 1.200 Euro netto und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – das heißt Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohn.
- ▶ ein menschenwürdiges Mindesteinkommen von 1.200 Euro netto bei Stipendien, Arbeitslosengeld, Pension und der neuen Mindestsicherung.
- ▶ Statt Subventionen für Banken und Konzerne wollen wir Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt und öffentlichen Verkehr.

Am 10. Oktober finden in Wien Gemeinderats- und Bezirksratswahlen statt. Die Sozialistische Linkspartei tritt im 20. Bezirk an. Warum? Weil es einen großen Unterschied macht, ob es Stimmen in Kommunalparlamenten gibt, die sich für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen einsetzen oder nicht.

Von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Wir bringen hier eine Reihe von Artikeln, in denen GemeinderätInnen und Mitglieder unserer Schwesterorganisationen aus verschiedenen Ländern von der Arbeit in Kommunalparlamenten berichten. Eine Tatsache zieht sich wie ein roter Faden durch. Für die Abgeordneten der etablierten Parteien ist es durchwegs verstörend und beängstigend, dass auf einmal echte, nämlich „System“-Opposition betrieben wird. Waren sie es jahrzehntlang gewöhnt Kürzungen ohne Widerspruch durchzusetzen, müssen sie sich auf einmal mit lästiger Kritik auseinandersetzen. Die sozialistischen Abgeordneten des CWI zwingen die PolitikerInnen der etablierten Parteien Farbe zu bekennen, konfrontieren sie mit der Wut und den Forderungen der Menschen. Von sozialistischen Abgeordneten werden Initiativen und Anträge eingebracht, die Bewegungen von AnrainerInnen, ArbeiterInnen, Jugendlichen, etc. auf die Tagesordnung setzen und unterstützen. V.a. aber sind diese Abgeordneten Teil von Bewegungen außerhalb der Gremien und beschränken sich nicht auf die Hoffnung, Veränderungen über Abstimmungen zu erreichen.

Die Wirtschafts- und Verschuldungskrise trifft viele Gemeinden außerordentlich hart. In Österreich werden 2010 laut Gemeindebund mehr als die Hälfte der Gemeinden negativ bilanzieren. Die Antworten der etablierten Parteien sind auf Bundes- wie auf kommunaler Ebene die gleichen: kürzen auf Kosten der Bevölkerung. Laut OGM-Umfrage unter Österreichs BürgermeisterInnen glauben 83%, dass die kommunalen Leistungen künftig nicht mehr wie bisher finanzierbar sein werden. SozialistInnen werden aber nicht in Parlamente gewählt um dort Kürzungen zuzustimmen. Sozialistische Abgeordnete organisieren stattdessen gemeinsam mit Betroffenen, kommunalen Beschäftigten, etc. Widerstand gegen Angriffe. Wir zeigen auf, wo das Geld zu holen ist, nämlich bei den Superreichen, Banken und Konzernen. Dabei ziehen wir auch keine künstliche Trennung zwischen der kommunalen und der bundesweiten Politik. Tatsache ist, die Kürzungen auf Bundes- und Länderebene werden von den etablierten Parteien eins zu eins an die unterste Ebene weitergegeben. Dabei stellt sich die Frage, ob KommunalpolitikerInnen bereit sind das zu akzeptieren. Als SozialistInnen verweigern wir die Umsetzung dieser Kürzungspläne. Dort wo wir in Kommunalparlamenten vertreten sind, organisieren wir stattdessen gemeinsam mit Gewerkschaften, Beschäftigten und lokalen Initiativen Widerstand, sowohl gegen den Druck aus der Bundespolitik und von den UnternehmerInnen, als auch gegen deren Handlanger auf Gemeindeebene.

„A worker's councilor on a worker's wage – ein Abgeordneter der ArbeiterInnen mit einem ArbeiterInnenlohn“: so lautet der Slogan, der den sozialistischen Stadtratsabgeordneten Dave Nelligan im englischen Coventry weit über die Stadtgrenzen hinaus berühmt gemacht hat. Er, ebenso wie alle anderen Abgeordneten und FunktionärInnen der SLP und ihrer Schwesterorganisationen behalten für ihre Arbeit nicht mehr als einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn – der Rest wird für politische Kampagnen und Initiativen verwendet. Das steht im krassen Gegensatz zu dem Salär der Abgeordneten aller anderen Parteien. Gemeinderäte in Wien kassieren vierzehn Mal im Jahr ihre 6.528 Euro brutto, 16.320 Euro macht Bürgermeister Häupl im Monat.

Die Wirtschaftskrise stellt auch die Kommunalpolitik vor neue Aufgaben. Verschärfter denn je stellt sich die Frage, ob man bereit ist die kapitalistische Logik von Sparen und Kürzungen zu akzeptieren, oder ob man bereit ist die Grenzen des Systems zu durchbrechen. International stehen Abgeordnete der Schwesterparteien der SLP in der ersten Reihe im Kampf gegen Kürzungen und Sparlogik. Nirgends lassen wir zu, dass die etablierten Parteien gemächlich ihre Kürzungspakete durchsetzen sondern organisieren und unterstützen die Bewegungen dagegen. Gerade das braucht es auch hier.

# SozialistInnen in Kommunen

## Es macht einen Unterschied



### Unsere GemeinderätInnen haben den Ruf als beste KämpferInnen für ArbeitnehmerInnen

Von Matt Waine, Socialist Party (Sozialistische Partei, irische Schwesterorganisation der SLP)

2009 wurden drei Socialist Party Mitglieder in den Gemeinderat des Bezirks Fingal in Nord-Dublin gewählt, mit 14% der Stimmen. Dieses Ergebnis lag nur 2% hinter jenem von Fianna Fail, historisch die Hauptpartei der KapitalistInnen und führender Teil der aktuellen rechtsgerichteten Regierung. Da die Rezession mit drastischen Konsequenzen für die ArbeiterInnenklasse zu diesem Zeitpunkt gerade zu greifen begann, war diese Wahl ein Denkmahl für die Herrschenden - die WählerInnen wollten die Regierung für die harten Kürzungen und Angriffe auf ihren Lebensstandard bestrafen.

Unsere GemeinderätInnen haben den Ruf als beste KämpferInnen für ArbeitnehmerInnen. Im Gemeinderat haben wir gegen Kürzungen von Dienstleistungen gekämpft und für eine sozialistische Alternative zur Krise argumentiert. Egal welche Themen aufkommen, ob Kürzungen in den kommunalen Leistungen, Anhebung kommunaler Steuern, der Kampf für verbesserte Einrichtungen in den Kommunen oder Widerstand gegen die Umwidmung von Grund für neue Bauprojekte - wir erklären, dass die Ursache, die im kapitalistischen System liegt, die Profite vor die Interessen der ArbeiterInnenklasse und der Gesellschaft als ganzem stellt.

Wir nützen unsere Positionen im Gemeinderat um ArbeitnehmerInnen, die in Kämpfen stehen zu unterstützen. Im August 2009 wurde ich mit 30 anderen ArbeiterInnen der Thomas Cook Reiseagentur festgenommen, da wir als Widerstand gegen Personalabbau deren Arbeitsplatz besetzt hatten. Es waren allein die Socialist Party und unsere GemeinderätInnen die täglich mit den ArbeiterInnen zusammenarbeiteten, ihnen praktische Hilfe anboten und aktive Solidarität leisteten, Schulter an Schulter, auch wenn das Gefängnis bedeutete.

Im März wurde ein 15-jähriger Nigerianer, Toyosi Shitta-bey in der Nähe seines Hauses in Tyrellstown in West-Dublin brutal ermordet - ein wohl rassistisch motivierter Mord. Während

alle Parteien nur auftauchten um ihr Mitleid auszusprechen, waren es die GemeinderätInnen der Socialist Party, die gemeinsam mit der Nachbarschaft nicht nur eine Mahnwache von mehr als 1000 Menschen organisierten, sondern auch eine Demonstration von 2500 in Dublin.

Tyrellstown ist ein relativ neuer Stadtteil mit einer Bevölkerung von 5000 Menschen, entstanden in den letzten zehn Jahren, im Zuge der irischen Baublast. Es gibt nur wenige kommunale Einrichtungen und im besonderen keine für Jugendliche. Die lokale Volksschule hat nicht einmal ein eigenes Gebäude!

Ohne irgendeine Vorsicht oder Planung wurden im Zuge der Baublast der letzten 15 Jahre zehntausende neuer Häuser gebaut, um sich auf Kosten der ArbeitnehmerInnen zu bereichern. Das bedeutet, dass auch keine Rücksicht auf die nötige Infrastruktur genommen wurde. Jungen Familien wurden überbewertete Hypotheken verkauft, als scheinbar einziger Weg, für ein Dach über dem Kopf zu sorgen. Dieser Profitmacherei wurde von den Socialist Party GemeinderätInnen stets Widerstand geleistet.

Neben unseren Forderungen, dass die Stadtreger leistbare Häuser und Wohnungen mit vernünftigen Mieten baut, führten wir seit vielen Jahren Kampagnen dafür, dass die Stadtreger die nötige Infrastruktur und Einrichtungen für AnrainerInnen zur Verfügung stellt. Wir waren gegen neue Versuche Land umzuwidmen für neue Bauprojekte, während die existierenden Nachbarschaften an fehlender Infrastruktur leiden mussten. Wir bestanden darauf, dass Einrichtungen wie Nachbarschaftszentren, Jugendzentren, Sportanlagen und Schulen errichtet werden müssten, bevor neue Bauprojekte angegangen würden.

Wir kämpfen immer noch für diese Einrichtungen, aber wir haben mit dieser Kampagne die Augen vieler für die Ideen der Socialist Party geöffnet. Nicht nur haben wir in Aktionen gezeigt, was wir in Worten meinen - wir säen vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise damit gleichzeitig den Samen für eine neue sozialistische Massenbewegung

### Socialist Party setzt auf Mobilisierung der BewohnerInnen

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Die Socialist Party stellt seit 2004 einen von neun StadträtInnen in Yara/Melburne. Stephen Jolly, der für die australische Sektion des CWI in diese Funktion gewählt wurde, ist zur Zeit der einzige Abgeordnete links von den Grünen. Die Socialist Party hat eine lange Geschichte von Kämpfen in Betrieben, Gewerkschaften und lokalen Kampagnen. So organisierte sie z.B. die einhalbjährige Besetzung einer öffentlichen Schule, die geschlossen werden sollte gemeinsam mit SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen.

Die australische Regierung sperrte AsylwerberInnen jahrelang in Gefangenenlager mitten in der Wüste. 2001 konnten bei einer von Gewerkschaften unterstützten Großdemonstration einige Flüchtlinge befreit werden. Stephen Jolly, langjähriges Mitglied des CWI, arbeitet in einer Leiharbeitsfirma, ist dort Betriebsrat und Aktivist der Bauarbeitergewerkschaft. 2008 wurde er mit einem Rekordergebnis als Gemeinderat wieder gewählt. Die Socialist Party setzt auf Mobilisierung der BewohnerInnen für ihre Anliegen. In Gemeinschaftszentren, auf öffentlichen Plätzen und Pubs werden Probleme besprochen und Vorhaben demokratisch abgestimmt. So gelang es, mit Protestaktionen eine Reihe von Verbesserungen zu erkämpfen. Der Stadtrat dient dabei als wichtige Bühne für soziale Kämpfe. Gerade bei betrieblichen Kämpfen führt die Unterstützung durch den Stadtrat der SP zu einer großen Öffentlichkeit, mehr Druck und zu Verbesserungen.

### Socialist Party erkämpft Verbesserungen für MieterInnen in Sozialbauten

Rund 20% der EinwohnerInnen von Yara leben in öffentlichen Sozialbauten. Hier ist die Armut groß. Mit Gebührenerhöhungen und Erhaltungskosten werden die BewohnerInnen von der Stadtverwaltung ausgepresst und weiter in die Armut getrieben. Dazu kommt, dass manche Firmen, die Arbeiten durchführen, im Nahverhältnis zur Labour Party stehen und Parteigünstlinge so ein Zusatzeinkommen bekommen. Gleichzeitig ist der Zustand vieler Wohnanlagen extrem desolat. Der SP gelang es gemeinsam mit den BewohnerInnen eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen durchzusetzen – ohne, dass die Kosten die MieterInnen tragen müssen.

### Socialist Party kämpft für Rechte der Aborigines

Labour und Grüne versuchen in Yara, Angehörige der australischen UreinwohnerInnen mit Gesetzen gegen „asoziales Verhalten“ von den Einkaufsstraßen zu vertreiben. Die Armut vieler UreinwohnerInnen ist manchen Geschäftsleuten ein Dorn im Auge. Die Socialist Party stimmte nicht nur gegen alle Verschlechterungen, sondern mobilisiert gemeinsam mit VertreterInnen der Aborigines gegen Rassismus und für die Lösung der sozialen Probleme.

### Socialist Party kämpft für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgenderpersonen.

Mit einer Kampagne und einem Antrag in der Stadtratssitzung setzten die GenossInnen die Ausstattung der lokalen Büchereien auch mit lesbisch-schwuler Literatur durch. Da vor allem Menschen zwischen 16-20 homophonen Mobbing ausgesetzt sind und hier die Selbstmordrate hoch ist, ist der öffentliche Zugang zu Büchern ein wichtiges Symbol und eine Hilfe.

# Landparlamenten: Unterschied



## Unser Widerstand beschränkt sich nicht auf Abstimmungen im Gemeinderat

von Paul Hunt, Socialist Party (Sozialistische Partei, englische Schwesterorganisation der SLP) Coventry

Egal ob Privatisierung des Gesundheitswesens oder die Angriffe Israels auf die Menschen in Gaza, die GemeinderätInnen der Socialist Party haben ihre Position genutzt, um der Wut der ArbeitnehmerInnen in Coventry Ausdruck zu verleihen und Widerstand gegen den Sozialkahl-schlag der etablierten Parteien zu organisieren.

Die vergangene Regierung von New Labour (Gegenstück zur SPÖ, Anm.) hat beispielsweise die Öffnung des Gesundheitswesens für private InvestorInnen betrieben, was einer schleichen- den Privatisierung gleichkommt. Die Tories (Gegenstück zur ÖVP, Anm.) haben diesen Beschluss unterstützt und die Labour-Abgeordne- ten in Coventry haben keine Einwände erhoben. Unser Widerstand beschränkt sich aber nicht auf Abstimmungen im Gemeinderat. Die wichtigen Kämpfe liegen nämlich außerhalb der Gremien. Über mehrere Jahre hinweg hat die Socialist Party eine Kampagne gegen die Schließung eines Spitals geführt und unzählige Unterschriften gegen diese Schließung gesammelt.

Aufgrund dieses Widerstands gegen die Privatisierung haben sich selbst Labour-Politiker gegen deren schlimmste Auswüchse aussprechen müssen. Wir kämpfen aber gleichzeitig dafür, dass das Gesundheitswesen in öffentlichem Eigentum bleibt, die privaten InvestorInnen hinausgeworfen werden und das Gesundheitssystem ausreichend finanziert wird. Ohne die kämpferischen GemeinderätInnen der Socialist Party, gäbe es in Coventry niemanden, der ein Sprachrohr für die Wut der Menschen über diese Situation ist.

In anderen Fragen wie der Schließung von Schulen, Einrichtungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, oder Wohnen, sind die Socialist Party und ihre GemeinderätInnen füh-

rend an Kämpfen beteiligt. Wir haben unsere Positionen genutzt um diese Themen aufzugreifen und Öffentlichkeit dafür zu schaffen, aber auch um ArbeitnehmerInnen in der Stadt zu organisieren.

Anlässlich des Bombardements des Gaza Streifens durch Israel initiierte die Socialist Party Proteste gegen die schreckliche Situation im Nahen Osten. Indem wir die politische Autorität die wir und unsere GemeinderätInnen in Jahrzehnten des Kampfes aufgebaut haben nutzen, konnten wir Proteste mit bis zu 600 TeilnehmerInnen organisieren. Im Zuge dessen haben wir auch ein Gaza Solidaritätskomitee aufgebaut. Wir konnten dadurch Menschen aus der muslimischen Gemeinde mit anderen, wie zum Beispiel jüdischen FriedensaktivistInnen zusammenbringen. Wir betonen dabei, dass in Coventry und dem Nahen Osten die Einheit der ArbeiterInnenklasse der Schlüssel für anhalten- de Verbesserungen ist.

Das alles überschattende Thema in den näch- sten Jahren werden die enormen Kürzungen aufgrund der Krise sein. Der Gemeinderat hat Kürzungen in der Höhe von 72 Millionen Pfund (ca. 82. Millionen Euro) zugestimmt. Von 54 GemeinderätInnen haben nur jene der Socialist Party gegen die Kürzungen gestimmt. Mit der Wahl der konservativ-liberalen Regie- rung werden diese Kürzungen auf 140 Millio- nen Pfund (ca. 160 Millionen Euro) über drei Jahre hinweg erhöht. Als SozialistInnen wurden wir nicht gewählt um Kürzungen umzusetzen. Wir sagen, die Stadtregierungen sollten statt- dessen ein Budget verabschieden, das auf den Bedürfnissen der Menschen basiert und nicht auf dem Diktat der KapitalistInnen. Unsere Ver- treterInnen im Gemeinderat werden gegen jeg- liche Kürzungen stimmen und Widerstand ge- gen diesen Generalangriff organisieren - mit dem Slogan "Wir haben diese Krise nicht verur- sacht und wir weigern uns dafür zu zahlen!"



## Forderungen von der Straße ins Parlament tragen

von Christine Lehnert, seit 2004 Bürgerschafts- abgeordnete der Sozialistischen Alternative (SAV, deutsche Schwesterorganisation der SLP) in Rostock

Der Beginn unserer Arbeit in der Rostocker Bürgerschaft fiel zusammen mit den Montags- demonstrationen gegen Hartz IV. Tausende Menschen gingen Montag für Montag in ganz Deutschland und eben auch in Rostock auf die Straße. Bei jeder Demonstration zogen die Mas- sen wütend durch die Straßen, vorbei am Rat- haus und hier war es immer wieder die SAV, die zu den Menschen sprach und Stellung bezog: „Weg mit Hartz IV!“ Diese Forderung trugen wir von der Straße ins Stadtparlament und schafften es auch immer wieder, viele Betroffe- ne zu den Sitzungen zu mobilisieren. Den Her- ren und Damen im Rathaus war beides äußerst fremd. Zum einen versuchten diese Lokalpoliti- kerInnen - nach dem Motto „hier geht's nur um Straßenbau und Friedhofssatzung“ - jegliche bundesweiten Entwicklungen auszublenden und zum anderen war es ihnen alles andere als recht, dass die Sitzungen plötzlich stärker ins Visier der Öffentlichkeit rückten.

Wir stellten im Jahr 2005 einen Antrag zur Einführung eines Sozialtickets für Hartz-IV- EmpfängerInnen und sprachen uns gegen Zwangsumzüge und Zwang zum 1,- Euro Job aus. Am Tag der Abstimmung mobilisierten wir ca. 150 Protestierende zum Rathaus und setzten so die Linke sowie SPD und B90 Grüne unter Druck, dass diese den Anträgen - wenn auch abgemildert - zustimmen mussten. Wir konn- ten hier gemeinsam mit den Betroffenen kon-

krete Verbesserungen erreichen.

Egal wo Menschen um ihre Rechte kämpfen - Jugendliche, die um den Erhalt ihre Treffpunkts kämpfen, städtische Beschäftigte, die für mehr Lohn streiken, GaragenbesitzerInnen, die gegen Abriss aufstehen - sind es die SAV und ich als Abgeordnete, die auf der Seite der Betroffenen stehen. Auf Demos, beim Flugblätterverteilen, bei Reden beweisen wir, dass sich die Menschen auf uns verlassen können.

Als die Werft in Rostock vor dem Aus stand und alle etablierten Parteien den Verkauf an den rus- sischen Investor Jussow unterstützten, sprach ich im Stadtrat für eine Überführung der Werft in staatliches Eigentum und legte ein Konzept vor, welches die Arbeitsplätze sichern könnte.

Immer wieder wenden sich Menschen an mich und die SAV. Immer wieder können wir Initia- tiven starten oder unterstützen, die auch zu Ver- besserungen führen. Doch immer machen wir auch deutlich, dass wir dies nicht als Stellvertre- terInnen machen können, sondern nur gemein- sam mit den Betroffenen und immer wieder stoßen wir bei diesen Kämpfen auf die Grenzen des Systems. Daher bedeutet Parlamentsarbeit für uns auch stets, die Zusammenhänge aufzu- zeigen. Bankenrettungspakete statt sanierte Schulen und Sporthallen. Sozialkürzungen „hier unten“ einerseits und Steuergeschenke für die Reichen andererseits. Diese Politik lässt sich nicht in einer Stadt sondern nur bundesweit än- dern. Aber egal wo die Abgeordneten der SAV vertreten sind - überall heißt es: Rückgrat zei- gen für die Interessen der Beschäftigten, Er- werbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen. Stimme und Faust erheben.

## Wir stehen bei Kämpfen ganz vorne

Von Lina Thörnblom von Rättvispartiet Sociali- sterna (RS, Schwedische Schwesterorganisation der SLP), seit 2006 Gemeinderätin in Haninge

Sowohl in Lulea wie in Haninge, hat die RS VertreterInnen im Gemeinderat. Wir organisie- ren Proteste gemeinsam mit SchülerInnen und Eltern gegen Kürzungen in der Bildung. Wir kämpfen gegen Privatisierungen und Ver- schlechterungen der Arbeitsbedingungen - ge- meinsam mit Gemeindebediensteten, Erste- Hilfe-FahrerInnen und anderen schlecht be- zahlten ArbeitnehmerInnen. Wir sagen, dass die Gewerkschaften demokratisch und kämpfe- risch sein müssen, und dass eine neue Partei von und für ArbeitnehmerInnen nötig ist. Wir ste- hen bei den Kämpfen gegen die ungerechte rechtsgerichtete Regierungskoalition aus Kon- servativen, Liberalen, Christdemokraten und der "Zentrumspartei" ganz vorne.

In Lulea ist RS bekannt für den Kampf, der die Privatisierung des öffentlichen Reinigungswe- sen durch die Stadtregierung stoppte. Ebenso war RS die einzige Partei die gemeinsam mit den Bediensteten in der Altenpflege gegen Lohnkürzungen kämpfte. In Haninge starteten RS und Elevkampagnen (RS nahestehende Ju- gendorganisation; Anm.) 2007 Proteste, die die Jobs von 100 LehrerInnen retteten.

Trotz des Widerstands anderer Parteien, setz- ten wir die Einführung von Aufzügen in Alten- heimen durch. Wir unterstützten die Streiks in der Fabrik "Lagena" in Jordbro 2009, wo Arbei- terInnen gefeuert werden sollten. 2004-05 führ- ten die Sozialdemokraten und die Liberalen ein- ne Essensgebühr in den Schulen in Haninge ein. RS organisierte gemeinsam mit SchülerInnen und Eltern eine Kampagne, um diese Gebühren



zu boykottieren. 700 SchülerInnen traten in den Streik und 6000 Unterschriften gegen die Ge- bühr wurden gesammelt und der Stadtregie- rung übergeben. Nach drei Monaten, in denen die Gemeinde versuchte, die Gebühr einzuhe- ben, nahmen rund zwei Drittel der SchülerIn- nen und Eltern am Boykott teil. Im Frühling 2005 wurde diese Gebühr zurückgenommen.

2007 wollte die konservative Stadtregierung in Haninge 6,5 Millionen Euro im Schulbereich kürzen, obwohl die Klassen zu den größten im ganzen Land zählten. RS startete gemeinsam mit den Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen eine Kampagne - und die Proteste waren erfol- greich. Am 20. Februar versprach die lokale Re- gierung 1,5 Millionen Euro zusätzlich zu inve- stieren. Die Proteste gingen mit einem Schul- streik und einer Demonstration von 400 Teil- nehmerInnen am 7. März weiter. Am selben Tag entschied der Gemeinderat, weitere 3,9 Millio- nen Euro zu investieren. Dieser Kampf rettete 100 Jobs in Schulen und Kinderbetreuung.

Ihr seid nur ein paar hundert, aber habt mehr als die ganze Welt  
300 Milliardäre enteignet sie, verteilt das Geld!  
Dann würde keiner hungern, das Kapital wär gut verteilt.  
Aber Geld ist Macht und Macht macht süchtig!  
Ihr seid krank und keiner heilt  
Tausend Obdachlose bauen ever Schloss!  
Tausende Hungernde füttern euch Brot!  
Tausende Tote machen euch groß!  
Aber wir sind viele Millionen und ihr werdet uns nie los!

„Tausend“ von Mono & Nikitaman

## Musik ist hochpolitisch: Teil 1 Reggae

# Zwischen Roots, Religion und Revolution

Die Geschichte des Reggae ist eng mit der von Jamaika verbunden. In den späten 1930er Jahren beschwören die Auswirkungen der Wirtschaftskrise massiven Widerstand. In Folge organisieren sich die ArbeiterInnen und Arbeitslosen vermehrt in Gewerkschaften und politischen Parteien, um die Unabhängigkeit Jamaikas zu erkämpfen. Doch auch nach der 1962 erlangten Unabhängigkeit existieren die wirtschaftlichen und sozialen Probleme weiter. Der Reggae entsteht in den späten 1960er Jahren. "Reggae heißt einfach: kommt vom Volk her. Alles, die Musik, der Rhythmus, aber auch die Armut, das Leiden des Volkes.", sagte einer der wichtigsten frühen Reggae-Musiker Toots Hibbert. Die Texte des frühen Reggae haben einen starken religiös-politischen Bezug. Die Religion der Rastafari wird zu einem wichtigen Faktor. Ihr Wunsch nach der Befreiung der schwarzen Bevölkerung spricht viele frühe Reggae-KünstlerInnen an, auch Bob Marley. Da sich aber das Reggae-Credo „Love, Peace & Unity“ im Kapitalismus nicht umsetzen lässt, nahm er auch einen politischen Charakter an. Da Reggae lange Zeit fast nur von den Jugendlichen der ArbeiterInnenschicht getragen wird, fließen antiimperialistische, pazifisti-

sche und teilweise auch sozialistische Inhalte ein. Aber wie es nun mal mit Religionen so ist, bringt auch das Rastafarum einen Rattenschwanz an reaktionären Elementen mit. Homosexualität wird mit Bezug auf das alte Testament abgelehnt, ebenso wie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

### Reggae heute: Homophobie vs. Antikapitalismus

Heute gibt es Kontroversen rund um Reggae. Einige männliche Künstler versuchen, die Musik für homophobe und sexistische Hetze zu instrumentalisieren. Lieder, die gegen Homosexuelle hetzen oder sogar zur Gewalt gegen sie aufrufen, sind keine Seltenheit und haben sogar schon einen eigenen Namen: „Battyman-Tunes“. Bekannte Namen sind hier Capleton oder Sizzla, der diesen Sommer auf dem Sunsplash Reloaded in Wiesen spielen durfte. Aber es geht auch anders. Besonders in der Dancehall-Szene sammeln sich linke Reggaebands wie Raggabund oder Irie Révoltés. Eine der bekanntesten sind Mono & Nikitaman, die in fast allen ihren Songs antikapitalistische Inhalte verpacken.

Während Medien und Politik im Sommer oft Ferien machen oder versuchen, das „Sommerloch“ mit unsinnigen Inhalten zu füllen, verbrachte die SLP die Sommermonate auf Achse. In Oberösterreich wurden die Schulfestivals mit einer Aktion gegen Schläger-Nazis begonnen. In Salzburg starteten wir die Kampagne "Öffentlicher Verkehr muss leistbar sein" mit Infotischen und Unterschriftenlisten. Bereits am ersten Vormittag der Kampagne konnten 170 Unterschriften gesammelt werden. Erholen und entspannt diskutieren konnte mensch am SLP-Sommercamp am Neufelder See, bei dem jeden Tag über ein anderes Land und die Arbeit unserer dortigen Schwesterorganisation diskutiert wurde.

### Wien im Zeichen des Wahlkampfes

Wien stand im Zeichen des beginnenden Wahlkampfes. Als erste antretende Partei reichte die SLP die innerhalb kurzer Zeit gesammelten 100 Unterstützungserklärungen in Wien 20 ein. In weniger als 2 Wochen ist es uns gelungen, durch Präsenz auf der Straße und persönliche Gespräche, PassantIn-

nen von der Notwendigkeit einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendlichen zu überzeugen. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle für alle, die für uns unterschrieben haben!

Nach dem Blutspenden von SLP-KandidatInnen Ende August organisieren wir bei unseren Aktionen ein "Quiz" für Strache. Es darf geraten werden, welcher Blutbeutel "Nicht"-Wiener Blut enthält. Und am 28. August kicken 8 Teams im Allheiligenpark beim antirassistischen Fußballturnier der SLP "Kick Racism! Kick Fascism!" mit vollem Einsatz.

### Russland einst und jetzt

Auch Internationale Solidarität kennt keine Sommerpause. Als Protest gegen die brutalen Attacken gegen Mitglieder unserer russischen Schwesterorganisation veranstalteten wir eine Kundgebung vor der russischen Botschaft. Und weil auch bei all der praktischen Arbeit die Theorie nicht zu kurz kommen soll, luden wir anlässlich des 70igsten Todestages des russischen Revolutionärs Leo Trotzki am 21. August zu einer Veranstaltung bei der es v.a. auch um die Aktualität der Ideen von Trotzki ging.

# “Du schwule Sau!”

von Simon Nagy, SLP-Jugend

Mich stößt es jedes Mal auf's Neue auf, wenn solche oder ähnliche Begriffe zur Beleidigung gebraucht werden. Dabei ist es unter Jugendlichen längst normal, andere als "Homos" zu bezeichnen, um deren Männlichkeit ab- und die eigene aufzuwerten. Besonders im schulischen Umfeld sind solche Beschimp-

Dass Begriffe wie "Schwuchtel" im Sprachgebrauch schon selbstverständlich als abschätzend benutzt werden, zeigt, wie tief verwurzelt Homophobie in unserer Gesellschaft ist.

fungen auf der Tagesordnung, teilweise sogar seitens der Lehrer. Wenn ich mich darüber aufrege, kommt jedes Mal dieselbe Reaktion: ein teilnahmsloses Schulterzucken und der Kommentar "Ich hab' ja eh nichts gegen Schwule..." Dass Begriffe wie "Schwuchtel" im Sprachgebrauch schon selbstverständlich als abschätzend benutzt werden, zeigt, wie tief verwurzelt Homophobie in unserer Gesellschaft ist. Und das nicht nur unter Jugendlichen.

### Ü-18-Homophobie

In Österreich leben geschätzte 750.000 Homosexuelle, in Wien etwa 200.000. Dennoch steht nur eine Minderheit zu ihrer sexuellen Ausrichtung, aus Angst, sie würden nach dem Outing nicht mehr als gleichwertig gesehen. Diese Angst ist berechtigt: Bei der Jobsuche sind Homosexuelle nachweislich benachteiligt, und am Arbeitsplatz sind viele mit Ausgrenzung durch KollegInnen und Diskriminierung durch ArbeitgeberInnen konfrontiert. Laut einer Studie der Universität Köln wird jedeR zehnte bekennende Homosexuelle am Arbeitsplatz gemobbt. Drei von vier Schwulen und Lesben haben bereits Diskriminierungen erlebt. Eine aktuelle Studie der Initiative "Menschenrechte.jetzt." zeigt, dass Homosexuelle, gemeinsam mit AsylwerberInnen, diejenige Bevölkerungsgruppe darstellen, deren Menschenrechte den ÖsterreicherInnen am meisten egal sind. Kein Wunder also, dass sich mehr als die Hälfte aller Homosexuellen nicht trauen, ihre sexuelle Identität im Betrieb zu

offenbaren.

### Kapitalismus ohne Homophobie?

Bürgerliche Parteien haben kaum Interesse an gleichen Rechten. Wieso? Diese Einstellung ist nicht einfach darauf zurückzuführen, dass in der Führung der ÖVP ausschließlich homophobe ChristInnen sitzen. Auch wenn sie persönlich kein Problem mit Schwulen und Lesben haben, haben sie kein Interesse, die bestehende Diskriminierung zu bekämpfen. Denn: die Unterdrückung von Homo- und Bisexuellen ist ein wesentlicher, notwendiger Bestandteil des Kapitalismus. Die kapitalistische Gesellschaft basiert unter anderem auf dem gesellschaftlichen Idealbild des Zusammenlebens der Kleinfamilie.

### Mann + Frau + Kind = Glückliche Kleinfamilie?

Nach der Formel "Mann + Frau + Kind = glücklich" werden die idealen Voraussetzung für die Reproduktion der Arbeitskraft vorgegeben, vom Aufziehen der Kinder über die Hausarbeit. Andere Lebensformen, in diesem Fall gleichgeschlechtliche Liebe, stellen diese "Normalität" der Kleinfamilie in Frage. Eine tatsächliche Abschaffung von gesellschaftlicher Unterdrückung von nicht-heterosexuellen Bevölkerungsgruppen würde eine Überwindung der Kleinfamilie als gesellschaftlichen Normalform zufolge haben. Das alleine wäre noch keine allzu große Verlustquelle für das System, doch diese Umwälzung würde gleich mehrere Steine ins Rollen bringen: die Abschaffung und Vergesellschaftung der unbezahlten Hausarbeit, gefolgt von einer großen Umverteilung, um Sozial- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund weigern sich große Teile der Bürgerlichen, die Gleichstellung zu akzeptieren und arbeiten massiv dagegen (jene "Liberalen" die gleiche Rechte für Homosexuelle fordern stehen gleichzeitig für den aggressivsten Abbau des Sozialstaates). Und vor diesem Hintergrund sind die Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und transgender Personen ein Thema, für das mit allen Mitteln gekämpft werden muss!

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### Radstadt und Gmunden

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

### WIEN

SLP-Wahl-Debatten  
Jeden Mittwoch um 19.00  
"Pizzeria La Piazza", 20.; Gaussplatz 7

### 15.9.

Straches FPÖ: Brandgefährlich!  
mit Heribert Schiedel, Rechtsextremismusforscher und Buchautor

### 22.9.

Kindergärten: Alles paletti in Wien  
mit Tina, Kindergartenauflauf

### 6.10. Rassismus schafft keine Jobs – Geld für Soziales statt für Banken

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

## Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
"Abo" nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

## ALLES INKLUSIVE

### Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

### SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI

[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Paginas del CIT/CWI en español

[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

# Sommerpause? Von wegen!



Nach dem Blutspenden von SLP-KandidatInnen Ende August organisieren wir bei unseren Aktionen ein "Quiz" für Strache. Es darf geraten werden, welcher Blutbeutel "Nicht"-Wiener Blut enthält.



**Neues aus dem CWI**

von Lukas Kastner, SLP-Salzburg

**Deutschland**

Die Sixt AG - Deutschlands größter Autovermieter - versucht seit Monaten einen Betriebsrat in Rostock zu verhindern. Dazu wurden bereits vier MitarbeiterInnen, die sich an der Gründung eines Betriebsrates beteiligen wollten, fristlos entlassen. Nun sind nur noch zwei Kollegen übrig, die sich für die Gründung eines Betriebsrates einsetzen. Einer davon ist das SAV (CWI in Deutschland)-Mitglied Torsten Sting. Zuerst versuchte die Sixt AG ihn mittels einer "ordentlichen" Kündigung loszuwerden. Die Sache wurde vor Gericht ausgetragen und Torsten gewann den Prozess. Nun muss er am 7. September wieder vor Gericht. Diesmal will ihn die Sixt AG fristlos entlassen. Die Begründung lautet, dass Torsten provozierende T-Shirts trage. Um auf Nummer sicher zu gehen ließ die Konzernführung noch die dritte Kündigung "aus wichtigem Grund" folgen. Laut Geschäftsführung sei eine Weiterführung des Vertragsverhältnisses für die Sixt AG nicht zumutbar, da Torsten in den letzten Monaten öfters gegen das Unternehmen agitiert habe. In diesem Zusammenhang wird auch seine Mitgliedschaft bei der SAV - die als gewaltbereite linke Organisation dargestellt wird - als Kündigungsgrund genannt. In diesem Fall geht es um viel mehr als nur um die Gründung eines Betriebsrates. Es zeigt, dass für Unternehmen Demokratie am Betriebsrat endet.

**Hongkong-China**

Am 1. August nahm Socialist Action (CWI in Hongkong) in Hongkong an einer Protestaktion gegen die Regierung teil. Grundlegende Ziele der DemonstrantInnen waren der Kampf für die Rechte von Minderheiten, speziell der kantonesisch sprechenden Bevölkerung sowie gegen Zensur und Diskriminierung. Anlass für die Demonstration war eine Aussage Ji Kekuangs, eines Mitglieds des Zentralkomitees in Guangzhou (Hauptstadt der Provinz Guangdong). Ji Kekuang forderte, dass der dortige Fernsehsender "Guangdong" in Zukunft keine Nachrichten mehr in kantonesisch, sondern nur noch in hochchinesisch (Mandarin) ausstrahlen solle. Dies führte bereits am 25. Juli zu einer großen Protestaktion von Jugendlichen, an der ca. 10.000 Menschen teilnahmen. Am 1. August folgte die Demonstration in Hongkong mit ca. 500 TeilnehmerInnen, bei der auch "Socialist Action" vertreten war.

Von Werner Lebel  
SLP Wiener Neustadt

Angesichts zahlreicher Naturkatastrophen, die Millionen von Menschen ins Elend stürzen, müssen wir fragen wie dieses Leid vermieden werden kann. Es ist offensichtlich, dass Naturkatastrophen in Ländern der "3. Welt" viel mehr Schaden anrichten als in hoch-industrialisierten Staaten. Das Erdbeben auf Haiti hat die Entwicklung des ganzen Landes zurückgeworfen. Die Wirtschaft ist zerstört, tausende Menschen haben kein Dach mehr über dem Kopf und keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wäre so ein Erdbeben in Japan passiert, wo die finanziellen und organisatorischen Mittel vorhanden sind, um darauf schnell und effizient zu reagieren bzw. wo bebensicher gebaut wird, wären die Schäden weit geringer ausgefallen.

**Regierungen und Militärs nutzen Katastrophen**

"Natur"katastrophen haben auch politische Auswirkungen. Aktuell versucht das Militär in Pakistan die Katastrophe zu nutzen, um seinen Einfluss gegenüber der Regierung wieder auszubauen. Bis 2008 wurde Pakistan von einer Militärjunta beherrscht. Seit den Wahlen 2008 hat die Armee an Ansehen verloren. Doch die jüngsten Ereignisse haben dem Militär wieder Auftrieb verschafft. Die Regierung wusste um die drohenden Überflutungen, hat aber nichts unternommen. Das Militär kann sich als Retter in der Not profilieren und zumindest ansatzweise Hilfslieferungen und eine (mangelhafte) Grundversorgung der Betroffenen gewährleisten.

Doch die Erfahrung zeigt, dass die Hilfe von Regierung und Militär nicht uneigennützig ist. Hilfgelder werden abgezweigt, oder Güter nicht bis an den Bestimmungsort durchgelassen. Immer wieder wurde beobachtet, dass



von Hilfsgütern die Embleme von Hilfsorganisationen entfernt wurden, und durch Hoheitszeichen der Regierungen ersetzt wurden.

**Für demokratische Hilfsstrukturen**

Der linke Gewerkschaftsverband "Progressive ArbeiterInnenföderation Pakistans" hat eine demokratisch verwaltete Aktion zur Hilfe für Betroffene eingerichtet. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass solche Strukturen die von Betroffenen selbst, und unabhängig von der Regierung aufgebaut werden sehr gut geeignet sind um alle Bevölkerungsschichten und ethnischen Gruppen versorgen zu können.

Beim Tsunami im Dezember 2004 konnte das CWI durch seine Kontakte zu GewerkschafterInnen als eine der ersten Organisationen Hilfe bereitstellen. Und das ohne Hilfgelder für einen Verwaltungsapparat zu verschwenden, oder einer korrupten Regierung in die Hände zu spielen. Viele NGOs hatten

damals das Problem, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen versorgt werden konnten. Die chauvinistische Regierung Sri Lankas hatte verhindert, dass die TamilInnen, die am stärksten betroffen waren aber in einem Konflikt mit der Regierung stehen, ausreichende Versorgung erhielt. Das CWI jedoch konnte dank der demokratischen Organisationsstruktur und einem internationalistischen Anspruch auch Hilfe in den tamilischen Norden bringen.

Durch die demokratische Organisation der Menschen selbst vor Ort ist es nicht nur möglich, den Menschen einen Rest von Würde zu erhalten, sondern auch Strukturen für nachher aufzubauen. Wenn Hilfspakete von Hubschraubern aus über Dörfern und Siedlungen abgeworfen werden, dann gilt das Recht des Stärkeren. Am Boden wird um die ohnehin nicht ausreichend vorhandenen Pakete gekämpft und nur die kräftigsten oder auch Geschäftemacher haben Zugang zu den Hilfslieferungen. Alte Menschen, Kin-

der und Frauen kommen dabei meist zu kurz, und werden oft auch bei den Raufereien verletzt.

**Regierungen legen Basis für Katastrophen**

Nicht nur, dass die Herrschenden oft kaum helfen wenn etwas passiert, durch die profitorientierte Wirtschaft werden solche Katastrophen geradezu erzeugt. Russland war im Sommer von einer Welle von Waldbränden gezeichnet. Seit der Wende werden die Wälder privatisiert bzw. es wird auch hier gespart. In Folge wird auf Durchforstung zugunsten von billigeren Schlägerungen verzichtet. Holzabfälle und Totholz bleiben einfach im Wald liegen und trocknen aus - der perfekte Zündstoff für Brände. Auf Drängen großer Holzfirmen wurde die Zahl der Feuerwachen um 75% reduziert und ein riesiger Verwaltungsapparat geschaffen. Das macht es fast unmöglich, solche Flächenbrände in den Griff zu bekommen. Außerdem sind die Wälder um Moskau Ziel von Grundstücksspekulanten, die das vom "lästigen" Wald "befreite" Land zu Bestpreisen kaufen und teuer wieder verkaufen.

**Unternehmen schicken Schlägertrupps gegen UmweltschützerInnen**

Im Juli wurden zwei Camps von WaldschützerInnen von faschistischen Schlägertrupps angegriffen und auch Mitglieder des CWI dabei teilweise schwer verletzt. Viele Umwelt-AktivistInnen wurden verhaftet und eingesperrt. Nach massiven internationalen Protesten musste der Chef der Tochterfirma des französischen Konzerns VINCI nun in einem Fall zugeben, dass die Firma die Schläger angeheuert hatte. Der erste Erfolg der Proteste - und der zweite ist, dass der russische Präsident den Stopp der Arbeiten im Khimkii-Wald angeordnet hat.

# Deutscher "Aufschwung"?

Von Tilman M. Ruster, SLP-Wien

„Die Krise ist vorbei“ hören wir immer wieder. Und tatsächlich, im G8-Staat Deutschland werden wieder schwarze Zahlen geschrieben und sogar die Arbeitslosenzahlen sinken scheinbar. Obwohl Deutschland hier international eine Ausnahme bildet sehen viele darin ein Zeichen für das Ende der Wirtschaftskrise. Immerhin wurden ja auch aberwitzige Summen aus Steuergeldern aufgebracht um die Verluste der Banken und Konzerne zu decken.

**Das große Sparen**

Dieses Geld versucht die deutsche Regierung jetzt mit Sparmaßnahmen im Sozialbereich wieder rein zu holen: So sollen bis 2014 ca. 86 Mrd. Euro eingespart werden. Das läuft z.B. mit Kürzungen beim Kindergeld bzw. dessen kompletter Streichung für Empfänger von Arbeitslosenhilfe oder dem Abbau von 10.000 Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst. Hinzu kommen die Sparmaßnahmen auf Länder- und Kommunalebene, welche die Summe der Bundesregierung vermutlich noch um ein vielfaches übersteigern werden. Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete das als „einmaligen Kraftakt“. Davon



ist aber nicht auszugehen: Beispiele wie Griechenland zeigen, dass die Krise längst nicht vorüber ist. Ein Zusammenbruch des Euroraumes hätte fatale Folgen für das Exportland Deutschland, und so beteiligte sich die Regierung mit über 100Mrd. an dem Rettungspaket für Griechenland. Die Lage in Spanien, Portugal, Ungarn und anderen Staaten könnte schon bald weitere Milliardenausgaben verursachen. Gleichzeitig sind die Keller der großen Banken immer noch voller Bil-

lionen-schwerer fauler Kredite und die nächsten Krisen zeichnen sich schon am Horizont ab. Die Regierung wird wieder versuchen diese Ausgaben über Sparpakete im Bildungs- und Sozialbereich rein zu holen. Das zeigen auch Forderungen der FDP nach Steuersenkungen für Konzerne um „den Aufschwung nicht zu gefährden“. Dass diese auch nicht vorhaben, etwas von den Rettungspaketen aus Steuergeldern zurückzugeben zeigt die verstärkte Zunahme von prekären Beschäfti-

ungsverhältnissen im derzeitigen „Aufschwung“.

**Schläft der DGB?**

Schon als das erste Sparpaket der schwarz-gelben Koalition angekündigt wurde, versprach die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) - in dem noch immer ca. 6 Mio. Menschen organisiert sind - „den Widerstand in die Betriebe zu tragen“. Passiert ist seitdem nicht viel: die Demos am 12. Juni gegen das Sparpaket, an denen sich ca. 40.000 Leute beteiligten, wurden nicht vom DGB, sondern von einem linken Bündnis organisiert. Für den 24. Oktober ruft die DGB-Führung zu drei Aktionswochen mit Demonstrationen auf. Es ist aber offensichtlich, dass nur demonstrieren nicht ausreichen wird. Für den 29. September hat der Europäische Gewerkschaftsbund einen Protesttag ausgerufen. Ein Generalstreik an diesem Tag, wie er in Spanien schon angekündigt ist, wäre ein Mittel, das Druck auf die Regierungen aufbauen würde. Und doch wäre auch das nur ein Schritt im Kampf gegen die Sparpläne der Regierungen. Nötig sind ausdauernde Proteste in den Betrieben und sonst überall um die Angriffe der Regierungen zurück zu schlagen!

# VORWÄRTS

## sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 192

September 2010

Rassismus  
schafft keine Jobs!  
Geld für Soziales  
statt für Banken!



# Statt "Blut und Boden"-Hetze: Gleiche Rechte für alle, die hier leben!

Die FPÖ startet mit voller rassistischer Offensive in den Wahlkampf: Mit "Blut und Boden"-Rhetorik und Hetze gegen "Fremde". Der jüngste Höhepunkt ist die als Forderung nach einer Volksabstimmung getarnte Kampagne für ein Bauverbot für Moscheen mit Minaretten und ein Kopftuchverbot.

### Bürgerinitiativen? Rechte Hetze!

Im Windschatten der Hetze der FPÖ gründen sich rechte Wahllisten wie die "Liste Wien" des einschlägig bekannten Günter Rehak. Er bezeichnet den Holocaustleugner Honsik als "Justizopfer". Scheinbare Bürgerinitiativen wie die „Bürgerinitiative Dammstraße“ (Wien 20) oder die „Bürgerinitiative Rappgasse“ (Wien 21) hetzen AnrainerInnen gegeneinander auf. Diese "Bürgerinitiativen" berufen sich auf Probleme wie Parkplatzmangel oder ein Lärmproblem – haben aber diesen Boden schon lange hinter sich gelassen. Auf der von der FPÖ finanzierten Homepage der BI Dammstraße findet sich wüste Anti-Islam-Hetze und Anfeindungen gegen "linke Chaoten" (damit ist die SLP gemeint, die

von Beginn an aufdeckte, wofür die angebliche Bürgerinitiative steht). Die BI Dammstraße ist ein Einfallstor für Neonazis und erreaktionäre christliche Fundamentalisten und es ist gut möglich, dass ihre Leute auf der FPÖ-Liste kandidieren werden.

### Ergebnis: Angriffe auf MigrantInnen

Wohin die permanente Hetze führt, zeigen die jüngsten Vorfälle: In der Nacht auf den 10.7. und am 12.7. kam es zu Brandanschlägen auf ein Studierendenheim in Wien-Floridsdorf, in dem viele MigrantInnen wohnen.

Neonazis zündeten einen Altpapiercontainer an - BewohnerInnen waren in Lebensgefahr. Mit rassistischen Parolen a la „Hier leben bald tote Tschuschen“ und „Hammerskinz rule Floridsdorf“ wurde versucht, den BewohnerInnen Angst einzujagen. Während gegen drei Studierenden, die einen Mistkübel vor einem AMS angezündet haben sollen, mit wochenlanger Untersuchungshaft und ev. Terroranklage vorgegangen wird, wurde das Studierendenheim von der Polizei noch nicht einmal geschützt, die Täter sind angeblich unbekannt.

### SPÖ kürzt – FPÖ wächst

Dass die FPÖ in Umfragen zulegt, ist nicht verwunderlich. Die Krise ist nicht vorbei und die Regierung plant ein hartes Kürzungspaket. Die SPÖ gibt sich sozial – und fährt dabei Gefahr, jene, die vielleicht jetzt noch Hoffnungen haben, in die Arme der FPÖ zu treiben. Dann nämlich, wenn sie ihre Versprechen bricht und die Kürzungen nach den Wahlen umsetzt. Der ÖGB – tut nichts. Die einzige Partei, die scheinbar Widerstand leistet, ist die FPÖ. Aber ihr Konzept der "sozialen Heimatpartei" basiert auf dem Ausschluss von "Ausländern" aus dem Sozialsystem und führt zu einem Sozialdumping für alle. Eines ist klar: Egal wie viel an den Korruptionsskandalen von Grasser, Haider und Co. dran ist, die FPÖ ist um nichts „sauberer“ als die anderen Parteien. Woher kommen die Millionen für die teuren FPÖ-Wahlkämpfe? Und wer zahlt, schafft an. Eine Partei der „kleinen Leute“ ist die FPÖ also sicher nicht!

Gemeinsamer Kampf statt Wirtschaftsinteressen  
Die Parlamentsparteien, inkl. der Grünen, wollen Zuwanderung nach den Bedürfnissen der Wirtschaft organisieren.

Menschen werden auf ihre Verwertbarkeit reduziert und es wird in "gute" und "schlechte" AusländerInnen getrennt.

Die SLP ist für den gemeinsamen Kampf von In- und AusländerInnen für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen (gleiche Löhne, StaatsbürgerInnenenschaft, gleiche soziale und politische Rechte) – nur so kann man verhindern, dass eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird. Denn wir sind immer nur so stark wie das schwächste Glied der Kette!

### Programm gegen Rassismus:

- ▶ Gleiche soziale und politische Rechte für alle hier lebenden Menschen.
- ▶ Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme.
- ▶ Das Recht auf sofortige Staatsbürgerschaft (auch Doppelstaatsbürgerschaft) für alle, die in Österreich geboren werden – egal welchen Status die Eltern haben. Weg mit langen Wartefristen und hohen Kosten für die Staatsbürgerschaft für Menschen, die hier leben.



Gemeinsam gegen Rassismus: Hier beim antirassistischen Fussballturnier

### Graue Wölfe & Co. gemeinsam bekämpfen

von John Evers, SLP-Wien

Vor allem rechte KulturkämpferInnen sehen TürkInnen als einheitliche Gruppe, die sie als angeblich unintegrierbare Islamisten bekämpfen. Die Realität sieht anders aus: Neben ethnischer und religiöser Vielfalt (KurdInnen, AlevitInnen ...), gibt es hier linke und rechte Gruppen. Neben islamisch-fundamentalistischen Tendenzen die sogar in einigen AK-Gremien sitzen, sind v.a. die wenig beachteten Grauen Wölfe (MHP) zu nennen. Das ist eine faschistische Organisation, die im politischen Spektrum der Türkei fest verankert ist und in Österreich als „Dachorganisation der Türkischen Kultur- und Sportgemeinschaft (ADÜFT)“ agiert. Aufgefallen sind die Grauen Wölfe durch Übergriffe auf KurdInnen, aber auch Großveranstaltungen die von den etablierten Parteien geduldet wurden. Die SLP sagt auch diesen rechten Tendenzen den Kampf an und möchte in Zukunft gegen diese gemeinsam mit der türkischen und kurdischen Linken mobilisieren.

### Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)